

Honduras

Sektion der
Bundesrepublik Deutschland e.V.
53108 Bonn
Telefon: 0228/9 83 73-0
e-mail: ai-de@amnesty.de
<http://www.amnesty.de>
<http://www.amnesty.org>

Juli 2009

Die Verfolgung und Bedrohung von Menschenrechtsverteidigern, Journalisten, Gewerkschaftern, Angehörigen indigener Gruppen und Bauernverbänden hat sich im Zuge des am 28. Juni 2009 auf Staatspräsident Manuel Zelaya verübten Putsches noch verschärft. Die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität nahm im Berichtszeitraum deutlich zu. Mindestens 27 Häftlinge wurden bei verschiedenen Vorfällen von Gewalt in Gefängnissen getötet. Der Alltag in Honduras ist durch Gewalt und Unsicherheit geprägt. Jugendbanden, die so genannten Maras, tragen maßgeblich zum Unsicherheitsgefühl der Gesellschaft bei, indem sie sichtbar gewaltbereit auftreten. Der Staat wiederum legitimiert seine strikte „Null-Toleranz“-Politik mit der Bedrohung durch die Maras. Straflosigkeit und Korruption sowie unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch die Sicherheitskräfte zählen nach wie vor zu den Faktoren, die maßgeblich zur Beeinträchtigung der Menschenrechte in Honduras beitragen.

Hintergrundinformationen

Der seit 2004 regierende honduranische Staatspräsident Manuel Zelaya wurde am 28. Juni 2009 von der Armee verhaftet und außer Landes gebracht. An seiner Stelle ist Roberto Micheletti, der ehemalige Kongresssprecher, als Interimspräsident vereidigt worden. Die Situation ist unübersichtlich; nationale Medien unterliegen größtenteils der Pressezensur. Berichten zufolge gab es im Zuge der Proteste gegen die Amtsenthebung Zelayas wiederholt Fälle von Folter und „Verschwindenlassen“ bis hin zu Mord.

Nachdem Honduras im April 2006 dem Zentralamerikanischen Freihandelsabkommen CAFTA beigetreten war, zu dessen Vertragsstaaten neben weiteren zentralamerikanischen Staaten die USA und die Dominikanische Republik zählen, folgte im August 2008 der Beitritt zur *Alternativa Bolivariana para Nuestra América* (ALBA). Die Mitgliedschaft war vor allem von Präsident Zelaya vorangetrieben worden und hatte in der Regierung kaum Unterstützung gefunden.

Mehrere Staatsanwälte und andere Personen waren im April und Mai 2008 in den Hungerstreik getreten. Sie forderten den Rücktritt des Generalstaatsanwalts, den sie der Korruption und der Behinderung der Untersuchung mehrerer wichtiger Antikorruptionsverfahren beschuldigten. Einer dieser Staatsanwälte war Luis Santos, dem staatlicher Personenschutz gewährt worden war. Er war im September 2008 durch einen unbekanntes Schützen angeschossen und schwer verletzt worden. Auf Ersuchen der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte wurden die Schutzvorkehrungen für ihn verstärkt.

Im Dezember 2008 erließ Präsident Zelaya ein Dekret, mit dem ein Entschädigungsprogramm für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die zwischen 1980 und 1993 begangen worden waren, aufgelegt wurde.

Zur Lage in den Gefängnissen

Im April 2008 wurden neun Häftlinge während eines Vorfalls im Gefängnis von San Pedro Sula im Departamento Cortés getötet. Im Mai verloren 18 weitere Insassen in einem Gefängnis in Tegucigalpa im Departamento Francisco Morazán ihr Leben. Es wird angenommen, dass Konflikte zwischen rivalisierenden Banden Ursache dieser Tötungsdelikte waren.

Im Juni wurden 21 Gefängnisbedienstete unterschiedlicher Dienstränge schuldig gesprochen, im Jahr 2003 durch ein Feuer den Tod von 68 Insassen der Gefängnisfarm von El Porvenir im Departamento Atlántida verursacht zu haben. Die gegen sie verhängten Freiheitsstrafen reichten von drei Jahren bis zu lebenslanger Haft.

Menschenrechtsverteidiger

Mindestens drei Menschenrechtsverteidiger wurden 2008 getötet; viele weitere angegriffen und bedroht. Im September wurden zwei Polizisten in Zivil von Mitarbeitern der Universität festgenommen, nachdem sie beim Fotografieren beobachtet worden waren. Es stellte sich heraus, dass die Polizeibeamten eine Liste mit dem Titel "Interessengruppen" (pressure groups) mit sich führten, die detaillierte Angaben über 135 Menschenrechtsverteidiger, Gewerkschafter, religiöse Führer und einige Regierungsbeamte enthielt. Die Polizeibeamten wurden inhaftiert, und der stellvertretende Direktor der Abteilung für Information und Analyse wurde vom Dienst suspendiert. Im Oktober kamen die beiden Beamten frei, und die Anschuldigungen gegen sie wurden fallen gelassen. Der stellvertretende Direktor blieb weiterhin vom Dienst suspendiert.

Am 11. Juni 2008 wurde **Irene Ramírez**, Führer einer Landarbeiterorganisation, in der Stadt Trujillo im Departamento Colón durch Schüsse tödlich getroffen. Er hatte eine führende Rolle bei einem Landkonflikt gespielt und berichtet, von lokalen Landbesitzern und Viehzüchtern Morddrohungen erhalten zu haben. Am Tag vor seiner Ermordung hatte er in einem Radiointerview gefordert, dass die kurz zuvor beschlossene Landreformgesetzgebung von den Behörden auch umgesetzt werden müsse. Zum Jahresende standen zwei Männer wegen seiner Ermordung unter Anklage.

Im Juli 2008 wurden vier Polizisten schuldig gesprochen, im Jahr 2006 **Heraldo Zúñiga** und **Roger Iván Cartagena** ermordet zu haben. Beide Männer waren Mitglieder der Umweltbewegung *Movimiento Ambientalista de Olancho*. Zwei Polizisten flohen drei Wochen nach ihrer Verurteilung, ein weiterer wenige Tage später. Zum Jahresende befanden sich alle drei Männer noch immer auf freiem Fuß.

Die beiden Männer, die am 27. Februar 2009 des Mordes an **Dionisio Díaz García** für schuldig befunden wurden, sind zu jeweils 21 bzw. 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Es wird davon ausgegangen, dass die Anwälte eine Herabsetzung des Strafmaßes fordern werden. Die Menschenrechtsorganisation *Asociación para una Sociedad más Justa (ASJ)* setzt sich dafür ein, dass auch die Hintermänner des Verbrechens zur Rechenschaft gezogen werden.

Bertha Oliva, Koordinatorin der Menschenrechtsorganisation *Comité de Familiares de Detenidos Desaparecidos en Honduras (COFADEH)*, setzt sich für die Familienangehörigen derer ein, die in den 1980er-Jahren im Gewahrsam der honduranischen Sicherheitskräfte dem „Verschwindenlassen“ zum Opfer fielen. Sie ist seit Jahren massiver Bedrohung und Verfolgung ausgesetzt.

Gewerkschafter

Gewerkschafter waren Drohungen und Angriffen ausgesetzt; mindestens drei Gewerkschafter wurden 2008 getötet.

Altagracia Fuentes (Generalsekretärin), **Virginia García de Sánchez** (Ex-Schatzmeisterin) und **Juán Bautista** (Fahrer) der Gewerkschaft *Confederación de Trabajadores de Honduras* (CTH) wurden im April erschossen, als sie sich auf einer Fahrt nach El Progreso, einer Stadt im Departement Yoro, befanden. Zeugenaussagen zufolge rammten die mit Wollmützen bekleideten Täter das Fahrzeug der Gewerkschafter seitlich und töteten die Insassen mit Schüssen aus Schnellfeuergewehren. Im Juni erließen die Behörden Haftbefehle gegen elf Personen. Bis zum Jahresende war jedoch niemand von ihnen festgenommen worden. Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft behaupteten, dass Raub das Motiv für die Morde gewesen sei. Andere Personen glaubten hingegen, dass sie ermordet wurden, weil sie versucht hatten, in Zulieferfabriken Gewerkschaften zu gründen.

Lorna Redell Jackson und **Juana Maldonado Gutiérrez**, beide Funktionärinnen der Gewerkschaft im Unternehmen Alcoa Fujukura (*Sindicato de Trabajadores de la Empresa Alcoa Fujukura Limitada - SITRAFL*) wurden im September in El Progreso von zwei nicht identifizierten Personen auf einem Motorrad beschossen und verwundet. Im Oktober erhielt Lorna Redell Jackson telefonische Morddrohungen. SITRAFL hatte im Zusammenhang mit der Schließung einer Fabrik auf die Verletzung von Arbeitnehmerrechten hingewiesen.

Straflosigkeit

Bis zum Jahresende 2008 war die wichtigste Empfehlung der UN-Arbeitsgruppe über erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwinden noch nicht umgesetzt worden. Die Empfehlung hatte die Regierung aufgefordert, eine umfassende Untersuchung durchzuführen, um die Fälle des "Verschwindenlassens" von Personen während der 1980er- und 1990er-Jahre aufzuklären. Die Arbeitsgruppe hatte im Jahr 2007 auf 125 Fälle des "Verschwindens" hingewiesen, die noch der Aufklärung bedurften.

Indigene

Etwa 621.000 Indigene machen heute 9 Prozent der honduranischen Bevölkerung aus. Miskitos, Tawakhas, Lencas, Tolupanes, Chortis, Nahual und Garifunas bilden eine vielfältige indigene und ethnische Minderheit, der das politische und gesellschaftliche Mitspracherecht weitgehend verweigert wird. Landfragen, kulturelle und traditionelle Bedürfnisse sowie der Zugang zu Ressourcen bleiben ihnen in den meisten Fällen verwehrt. Obwohl die honduranische Regierung den indigenen Gemeinden 2002 neue Landrechte zugesprochen hatte, versuchen lokale Grundbesitzer nach wie vor, ihnen diese Rechte streitig zu machen. Häufig dienen gegenstandslose Anzeigen gegen Gemeindeglieder dazu, unliebsame Protestler aus dem Weg zu räumen. Mehrere Gemeindeglieder aus Montaña Verde und Mitglieder des Indigenenrats COPINH sind eingeschüchtert und bedroht worden. Konstruierte Anklagen gegen Gemeindeglieder reichen von unrechtmäßiger Aneignung von Land bis hin zu Mord.

Im Juni 2006 war **Jessica García**, eine Sprecherin der afrikanischstämmigen Garifuna-Gemeinschaft im Dorf San Juan Tela an der honduranischen Atlantikküste, Berichten zufolge bedroht und mit vorgehaltener Waffe gezwungen worden, Landbesitz der Gemeinschaft der Garifuna einer Immobilienfirma zu überschreiben, die dort eine Ferienanlage errichten wollte. **Santos Aguilar**, ebenfalls Angehöriger der Garifuna-Gemeinschaft in San Juan Tela, wurde am 5. Juni 2008 von zehn Männern überfallen, die Berichten zufolge einer Sicherheitsfirma angehörten und ihn unter Schlägen und Trit-

ten mit dem Tode bedrohten. Auch der Gemeindegewerkschafter **Wilfredo Guerrero** ist seit 2002 Verfolgung und Bedrohung ausgesetzt. 2005 war sein Haus bei einem Brandanschlag zerstört worden, 2007 wurde er willkürlich festgenommen. Die Staatsanwaltschaft wies die Polizei an, ihn freizulassen. Bisher ist niemand wegen dieser Vorfälle vor Gericht gestellt worden.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft wurden 2008 insgesamt 312 Frauen getötet. Mehrere Frauenrechtsorganisationen starteten im November eine Kampagne, die an die Behörden den Appell richtete, mehr zu tun, um den Anstieg der Zahl von Frauenmorden zu verhindern. Sie verlangten von den Behörden, mehr Ressourcen für die Ermittlung und Verfolgung von Strafsachen bereitzustellen, Gesetzesänderungen einzuleiten und mehr Informationen über die Tötung von Frauen zu veröffentlichen. Darüber hinaus forderten Frauenorganisationen die Regierung auf, mehr zur Bekämpfung des nachweislich hohen Ausmaßes an familiärer Gewalt zu unternehmen.

Sexuelle Identitäten

Homosexuelle, Bisexuelle und Transsexuelle (LGBT) sind in den vergangenen Jahren wiederholt Opfer massiver Menschenrechtsverletzungen geworden. Die Untersuchung der Misshandlung und Vergewaltigung von **Donny Reyes**, Schatzmeister der *Fundación Arco Iris*, einer Vereinigung, die sich für die Rechte von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgender-Personen einsetzt, machte keine Fortschritte. Donny Reyes war im Jahr 2007 von Polizisten willkürlich festgenommen und zu einer Polizeiwache gebracht worden. Dort soll ein Polizeibeamter gegenüber anderen Inhaftierten gesagt haben: „Schaut mal, ich bringe euch hier eine kleine Prinzessin. Ihr wisst ja, was zu tun ist.“ Er wurde von anderen Häftlingen wiederholt geschlagen und vergewaltigt. Ein Polizist wurde mit einer einmonatigen Suspendierung vom Dienst ohne Gehaltsfortzahlung bestraft.

Transgender-Frauen, die als Sexarbeiterinnen tätig sind, werden häufig von Freiern oder Angehörigen der Polizei angegriffen. Drei Transgender-Frauen wurden Ende 2008 von Unbekannten getötet, als sie in Comayagüela in der Nähe von Palmira ihrer Arbeit nachgingen. **Jazmín Zelaya** wurde am 30. Oktober 2008 ermordet. Sie wurde am Straßenrand tot aufgefunden. Eine weitere Transgender-Frau wurde am 17. Dezember 2008 getötet. **Cintia Nicole Moreno**, die ebenfalls engagiert für die Menschenrechte von Transgendern eingetreten war, wurde am 9. Januar 2009 umgebracht. Bisher wurde niemand wegen dieser Tötungen zur Verantwortung gezogen.

Amnesty International

- fordert die honduranischen Behörden auf, umgehend Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger und Indigenen zu ergreifen und für eine umfassende und unparteiische Untersuchung der Drohungen gegen sie zu sorgen;
- dringt darauf, dass die Rechte von Homosexuellen, Bisexuellen und Transsexuellen geschützt und sie nicht aufgrund ihrer sexuellen Orientierung drangsaliert werden und dass die Verantwortlichen für die Übergriffe vor Gericht gestellt werden;
- fordert den honduranischen Staat auf, die Morde an Kindern und Jugendlichen in den vergangenen Jahren vollständig und unabhängig untersuchen zu lassen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.